

Gesellschaft

Kapitalismus ohne Arbeit

Ulrich Beck über Mythen der Politik, globale Wirtschaft und die Zukunft der Demokratie

Was sind Sie? Auf einer Abendeinladung – eigener Bungalow, Lammkeule toskanisch, Umgangston ironisch – wird diese Frage nicht mit dem Hobby („Pornograph“), dem Sternzeichen („Widder“) oder, wie bislang üblich, der Nennung des Berufs beantwortet, sondern mit der Arbeitslosigkeitskarriere. Auch der Treffpunkt Arbeitsamt kennt keine Klassen-schranken mehr.

Die Angehörigen der „Leistungseliten“ (FDP-Jargon) geben sich alle Mühe, die Absurditäten und Demütigungen der Job-Suche ironisch zu nehmen. Eine Lehrerin amüsiert ihre Zuhörer mit der Geschichte, wie sie vom Arbeitsamt aufgefordert wurde, genau den Kurs „Wie schreibe ich einen Bewerbungsbrief“ zu besuchen, den sie vor kurzem noch selbst angeboten hatte. Ein Biologe mit mehrjähriger Forschungserfahrung löst Lachtränen aus: Er mimt den Personalchef, der ihn interviewte, spielt dessen sprachliche Schnitzer und methodische Fehler nach; dann die Pointe der Geschichte: abgelehnt wegen Überqualifizierung.

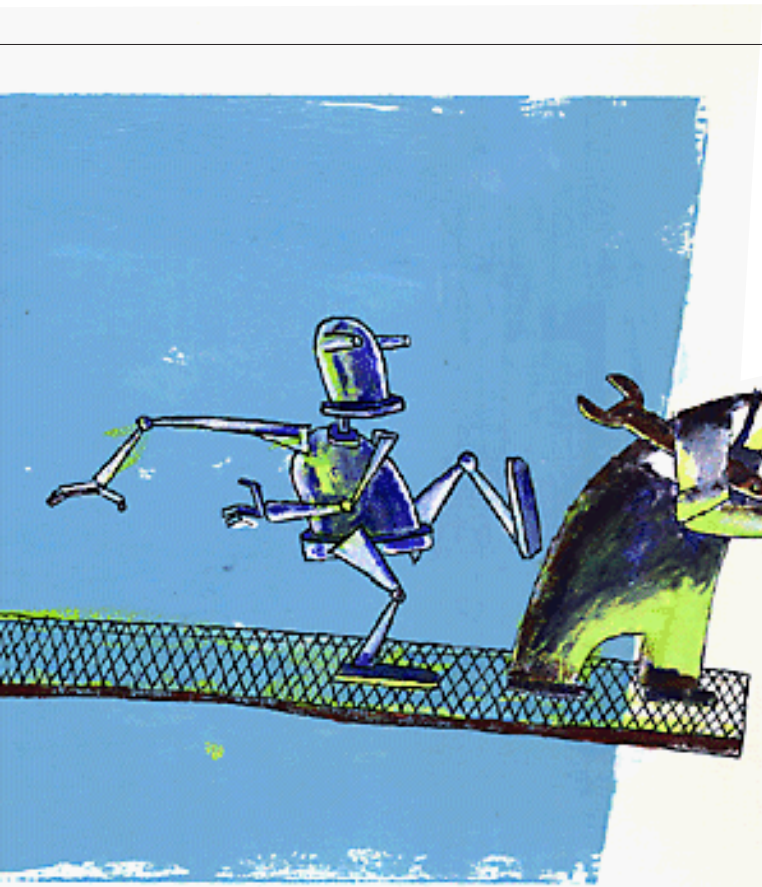
Unsicherheit am Arbeitsmarkt trifft längst nicht mehr nur die „unteren Klassen“. Sie ist zum Signum unserer Zeit geworden. Der „Beruf fürs Leben“ droht auszusterben. Daß damit eine Wertewelt – die Welt der auf Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft – untergeht, will niemand wahrhaben.

Ulrich Beck, 51, ist Autor („Risikogesellschaft“) und Professor für Soziologie in München.

Der Kapitalismus schafft die Arbeit ab. Arbeitslosigkeit ist kein Randschicksal mehr, sie betrifft potentiell alle – und die Demokratie als Lebensform. Aber der globale Kapitalismus, der die Verantwortung für Beschäftigung und Demokratie abstreift, untergräbt auch seine eigene Legitimität. Bevor ein neuer Marx den Westen wachrüttelt, gilt es, längst fällige Ideen und Modelle für einen veränderten Gesellschaftsvertrag aufzugreifen. Die Zukunft der Demokratie jenseits der Arbeitsgesellschaft muß neu begründet werden.

Beispielsweise in dem gelobten Beschäftigungsland Großbritannien ist überhaupt nur noch ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung im klassischen Sinn vollbeschäftigt (in Deutschland sind es immerhin noch über 60 Prozent). Noch vor 20 Jahren waren es in beiden Ländern über 80 Prozent. Was als Heilmittel gilt – die Flexibilisierung der Erwerbsarbeit –, hat die Krankheit Arbeitslosigkeit verdeckt und verschleppt, aber nicht geheilt. Im Gegenteil, alles wächst: die Arbeitslosigkeit und die neue Unübersichtlichkeit von Teilzeitarbeit, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und die noch stille Arbeitsreserve. Mit anderen Worten: Das Volumen der Erwerbsarbeit schwindet rapide. Wir laufen auf einen Kapitalismus ohne Arbeit zu – und zwar in allen nachindustriellen Ländern der Welt.

Drei Mythen schirmen die öffentliche Debatte gegen die Einsicht in diese Lage ab. Erstens: Alles ist sowieso viel zu kompliziert – der Undurchschaubarkeits-Mythos; zweitens: Der bevorstehende Aufschwung der Dienstleistungsgesellschaft wird



M. T. DIECK

die Arbeitsgesellschaft retten – der Dienstleistungs-Mythos; drittens: Wir müssen nur die Lohnkosten in den Keller fahren, dann löst sich das Problem der Arbeitslosigkeit in Luft auf – der Kosten-Mythos.

Daß alles mit allem zusammenhängt (wenn auch schwach) und insofern undurchschaubar ist, gilt sicher auch für die Entwicklungen des Arbeitsmarktes unter Globalisierungszwang. Dies schließt aber Aussagen über säkulare Trends nicht aus, wie insbesondere international vergleichende Längsschnittstudien von Meinhard Miegel belegen, vorgetragen vor der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen auf der letzten Tagung in Dresden.

Danach ist über Generationen hinweg der Faktor Arbeit ständig aufgewertet worden. Mitte der siebziger Jahre tritt eine Zäsur ein. Seitdem ist überall ein Schwund der Erwerbsarbeit zu beobachten, entweder direkt durch Arbeitslosigkeit (wie in Deutschland) oder verdeckt durch exponential wachsende „bunte Beschäftigungsformen“ (wie in den USA und Großbritannien). Die Nachfrage nach Arbeit sinkt, das Angebot an Arbeit steigt (auch durch Globalisierung). Beide Indikatoren für zunehmende Abnahme der Erwerbsarbeit – Arbeitslosigkeit und Nicht-Normarbeit – stehen auf Alarm.

Es geht längst nicht mehr um die Umverteilung von Arbeit, sondern um die Umverteilung von Arbeitslosigkeit – eben auch verdeckt in den neuen Mischformen von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, weil diese offiziell als „(Voll-)Beschäftigung“ gelten (befristete, geringfügige, Teilzeit-Arbeit usw.). Dies gilt gerade auch für die sogenannten Beschäftigungsparadiese USA und Großbritannien, wo diejenigen, die in der Grauzone zwischen Arbeit und Nichtarbeit leben und sich oft mit Hungerlöhnen begnügen müssen, längst die Mehrheit bilden.

So lügen sich viele darüber hinweg, daß mit jeder Krise die Suppe der Arbeitsgesellschaft immer dünner wird; und daß große, wachsende Teile der Bevölkerung sowieso nur noch unsichere „Arbeitsplätzchen“ haben, bei denen von (dauerhafter) Existenzsicherung kaum noch die Rede sein kann.

Politiker, Institutionen, auch wir selbst denken in der fiktiven Begriffswelt der Vollbeschäftigung. Sogar Bausparkassen, Ver-

sicherungen treffen ihre Abschlüsse in der Annahme, daß Menschen, die „beschäftigt“ sind, ein dauerhaftes Einkommen haben. Das sich rapide ausbreitende Weder-Noch – weder arbeitslos noch sicheres Einkommen – paßt nicht in diese Stereotype.

Mütter geben für ihre Kinder ihren Arbeitsplatz auf. Doch das Drei-Phasen-Modell, dem sie folgen, gilt nicht mehr. Die dritte Phase – der Wiedereintritt in den Beruf, nachdem die Kinder aus dem Haushalt sind – setzt die Illusion der Vollbeschäftigung voraus. Wir beklagen die „Massenarbeitslosigkeit“ und unterstellen dabei, daß der Zustand der lebenslangen Ganztagsarbeit bis zum Rentenalter der natürliche Zustand eines erwachsenen Menschen ist. Gerade auch die DDR war in diesem emphatischen Sinne eine Arbeitsgesellschaft. Nun muß man von einer Flächen-Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern sprechen.

Viele glauben, hoffen und beten, daß die Dienstleistungsgesellschaft uns retten möge vor dem bösen Drachen Arbeitslosigkeit. Das ist der Dienstleistungs-Mythos. Rechnungen und Gegenrechnungen haben ihren Zukunftstest noch vor sich. Gewiß werden neue Arbeitsplätze entstehen. Zunächst aber werden genau umgekehrt – wie der Soziologe Wolfgang Bonß zeigt – die traditional sicheren Beschäftigungskerne im Dienstleistungsbereich einer jetzt erst anlaufenden Automatisierungswelle geopfert. Zum Beispiel Telebanking wird zur Schließung von Filialen im Bankgewerbe führen; die Telekom will mit dem Ausbau ihres Angebotes circa 60 000 Stellen einsparen; ganze Berufsgruppen, etwa Schreibkräfte, können verschwinden.

Selbst wenn neue Arbeitsplätze entstehen, können diese im Informationszeitalter leicht überallhin verlagert werden. Viele Firmen – jüngstes Beispiel American Express – siedeln ganze Verwaltungsabteilungen in Billiglohnländern (hier: Südindien) an.

Tatsächlich lautet – im Widerspruch zu den Propheten der Informationsgesellschaft, die einen Überfluß an hochbezahlten Jobs sogar für Leute mit einfachen Ausbildungen voraussagten – die ernüchternde Wahrheit, daß selbst zahlreiche Arbeitsplätze bei der Datenverarbeitung schlechtbezahlte Routinetätigkeiten sein werden. Die Fußsoldaten der Informationswirtschaft, schreibt der Volkswirtschaftler und Arbeitsminister der Clinton-Administration, Robert Reich, sind Horden von Datenverarbeitern, die in Hinterzimmern an weltweit mit Datenbanken verbundenen Computer-Terminals sitzen.

Die Schlüsselillusion der laufenden Debatte ist allerdings der Kosten-Mythos. Mehr und mehr Menschen werden angesteckt von der oft schon militant eingeklagten Überzeugung, daß nur eine radikale Absenkung der Arbeitskosten und -löhne aus dem Jammertal der Arbeitslosigkeit herausführe. Hier leuchtet der „amerikanische Weg“.

Vergleicht man aber die USA mit Deutschland, so zeigt sich, daß das „Beschäftigungswunder“ in den USA gespalten ist. Arbeitsplätze für Hochqualifizierte, die auch noch sicher und gutbezahlt sind, entstehen mit 2,6 Prozent in den USA genauso selten oder oft wie in dem Spitzenlohnland Deutschland (OECD-Statistik vom April 1996). Der Unterschied liegt im Zuwachs an unqualifizierten schlechtbezahlten Jobs. Noch (!) wird es aber bei uns als Problem empfunden, daß Menschen, die tagsüber für – sagen wir – sieben Mark pro Stunde arbeiten, nachts in Pappkartons schlafen. Doch auch ein Vergleich der Arbeitsproduktivität entzaubert die amerikanische „Lösung“. Diese ist in den USA in den letzten 20 Jahren nur um 25 Prozent gestiegen, in Deutschland dagegen um 100 Prozent. „Wie schaffen das die Deutschen nur?“ fragte jüngst ein amerikanischer Kollege. „Sie arbeiten am wenigsten und produzieren am meisten.“

Genau darin zeigt sich das neue Produktivitätsgesetz des globalen Kapitalismus im Informationszeitalter: Immer weniger gut ausgebildete, global austauschbare Menschen können im-

mer mehr Leistungen und Dienste erbringen. Wirtschaftswachstum setzt also nicht mehr den Abbau von Arbeitslosigkeit in Gang, sondern genau umgekehrt den Abbau von Arbeitsplätzen voraus – jobless growth.

Doch niemand täusche sich: Der Nur-noch-Eigentümer-Kapitalismus, der auf nichts als Gewinn zielt und die Beschäftigten, den (Sozial-)Staat und die Demokratie ausgrenzt, hebt seine eigene Legitimität auf. Während die Gewinnspannen global agierender Unternehmen wachsen, entziehen diese den teuren Staaten beides: Arbeitsplätze und Steuerleistungen undbürden die Kosten der Arbeitslosigkeit und der entfalteten Zivilisation den anderen auf. Zwei chronisch Arme – die öffentlichen Hände und die privaten Hände der noch Beschäftigten – sollen allein finanzieren, was gerade auch die Reichen mitgenießen: den „Luxus“ der zweiten Moderne – hochentwickelte Schulen und Universitäten, funktionierende Verkehrssysteme, Landschaftsschutz, sichere Straßen, die Buntheit des urbanen Lebens.

Wenn der globale Kapitalismus in den hochentwickelten Ländern den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auflöst, zerbricht ein historisches Bündnis zwischen Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie. Die Demokratie ist in Europa und den USA als „Arbeits-Demokratie“ auf die Welt gekommen – in dem Sinne, daß die Demokratie auf der Beteiligung an Erwerbsarbeit aufruht. Der Citizen mußte so oder so sein Geld verdienen, um die politischen Freiheitsrechte mit Leben zu füllen. Erwerbsarbeit hat stets nicht nur die private, sondern auch die politische Existenz begründet. Es geht also gar nicht „nur“ um Millionen Arbeitslose. Es geht auch nicht nur um den Sozialstaat. Oder um die Verhinderung von Armut. Oder um die Ermöglichung von Gerechtigkeit. Es geht um uns alle. Es geht um die politische Freiheit und Demokratie in Europa.

Die westliche Verbindung von Kapitalismus mit politischen, sozialen und ökonomischen Grundrechten ist nicht etwa eine „soziale Wohltat“, die man, wenn es knapp wird, einsparen kann. Der sozial abgepufferte Kapitalismus ist vielmehr als Antwort auf die Erfahrung des Faschismus und die Herausforderung des Kommunismus erkämpft worden. Er ist eine Tat angewandter Aufklärung. Diese beruht auf der Einsicht, nur Menschen, die eine Wohnung und einen sicheren Arbeitsplatz und damit eine materielle Zukunft haben, sind oder werden Bürger, die sich die Demokratie zu eigen und sie lebendig machen. Die einfache Wahrheit lautet: Ohne materielle Sicherheit keine politische Freiheit. Also keine Demokratie, also Bedrohung aller durch neue und alte totalitäre Regime und Ideologien.

Man muß es den neuen Pseudofreien Demokraten oder Freien Pseudodemokraten hinter ihre von historischer Erfahrungslosigkeit tauben Ohren schreiben: Der Markt-Fundamentalismus, dem sie huldigen, ist eine Form demokratischen Analphabetentums. Der Markt trägt seine Rechtfertigung gerade nicht in sich. Diese Wirtschaftsweise ist nur im Wechselspiel mit materieller Sicherheit, sozialen Rechten und Demokratie überlebensfähig. Wer nur auf den Markt setzt, zerstört mit der Demokratie auch diese Wirtschaftsweise.

Niemand stellt den Kapitalismus heute noch in Frage. Wer sollte das auch wagen? Der einzige potente Gegner des Kapitalismus ist – der Nur-noch-Gewinn-Kapitalismus selbst. Hiobsbotschaften am Arbeitsmarkt gelten als Siegesmeldungen an der Wall Street. Das dahinterstehende Kalkül ist einfach. Wenn die Arbeitskosten sinken, steigt der Profit.

Doch auch die Widersprüche des „arbeitslosen Kapitalismus“ werden greifbar. Manager von multinationalen Konzernen lagern Verwaltungen nach Südindien aus, aber schicken ihre Kin-

der auf öffentlich finanzierte, europäische Spitzenuniversitäten. Es kommt ihnen gar nicht in den Sinn, dahin zu ziehen, wo sie die Arbeitsplätze aufbauen und die niedrigen Steuern zahlen.

Für sich selbst nehmen sie selbstverständlich die teuren politischen, sozialen und zivilen Grundrechte in Anspruch, deren öffentliche Finanzierung sie torpedieren. Sie besuchen das Theater. Sie genießen die aufwendig gepflegte Natur und Landschaft. Sie tummeln sich in den noch relativ gewalt- und kriminalitätsfreien Metropolen Europas. Aber sie tragen zugleich durch ihre Egowirtschaft und profitorientierte Politik wesentlich dazu bei, daß diese europäische Lebensform zerfällt. Darf man erfahren, wo sie oder ihre Kinder leben wollen, wenn Staat und Demokratie in Europa nicht mehr finanzierbar sind?

Doch nicht, daß der Kapitalismus mit immer weniger Arbeit immer mehr produziert, sondern daß er die Initiative zu einem neuen Gesellschaftsvertrag blockiert, beraubt ihn seiner Legitimation. Wer heute über Arbeitslosigkeit nachdenkt, darf nicht als Gefangener der alten Begriffe sich im Streit über den „zweiten Arbeitsmarkt“, die „Teilzeitoffensive“, die sogenannten „versicherungsfremden Leistungen“ oder über die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall verirren und verlieren, sondern muß fragen: Wie wird Demokratie jenseits der Sicherheiten der Arbeitsgesellschaft möglich? Was als Ende und Verfall erscheint, muß umgemünzt werden in eine Gründerzeit für neue Ideen und Modelle, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für das 21. Jahrhundert öffnen.

„Hiobsbotschaften am Arbeitsmarkt gelten als Siegesmeldungen an der Wall Street“

In der veralteten Welt der Industriegesellschaft dominierten zwei „Arbeitgeber“: Kapital und Staat. Beide fallen in Zukunft in dieser Funktion chronisch aus. Der Kapitalismus macht und wird mehr und mehr arbeitslos. Das Wort „leer“ ist für die Kassen der öffentlichen Hände sogar noch eine gotteslästerliche Untertreibung. Darüber kann man jammern – oder ein neues Aktivitäts- und Identitätszentrum bilden, gestalten, das die demokratische Lebensform verlebendigt: „öffentliche Arbeit“. Wenn Öffentlichkeit die Kunst ist, Fremde in ein dauerhaftes Gespräch über ihre ureigensten Angelegenheiten zu verwickeln, dann ist öffentliche Arbeit die Kunst, diesen Worten Taten folgen zu lassen. Was heißt das?

Tätiges Mitgefühl: Sie nennen sich „Abgas-Affen“, „Ökobecken“ oder die „Toten Dosen“. Aber es ist nicht nur die Angst vor Zerstörung und Zerfall, die sie antreibt, eher die Wut, daß die meisten Menschen nicht darüber nachdenken, was sie tun. Diese aktive Auflehnung gegen die Gleichgültigkeit hat viele Ziele und Gesichter: Arbeit mit Alten und Behinderten, Obdachlosen und Aids-Kranken, Analphabeten und Ausgeschlossenen, Frauenhäusern, Greenpeace, Amnesty International usw. „Öffentliche Arbeit“ meint in diesem Sinne einen Zwitter zwischen Politik, Sorge für andere und alltäglicher Kooperation.

Praktische Kritik: Viele Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte, Manager, Verwaltungsfachleute usw. wollen ihr berufliches Können einmal anders einsetzen – auf die öffentliche Meinung und Gesetzgebung Einfluß nehmen, Wirtschaftspläne für Selbsthilfegruppen entwerfen, über Steuerflucht aufklären, Schuldner beraten, vertuschte Gefahren aufdecken usw. Warum nicht Preise und Orden für zivilen Widerstand ausloben? (Allerdings sollte man Bürger/innen mit der Vergabe betrauen.)

Aktive Demokratie: Bürgerbeteiligung, Dezentralisierung – in der Verwaltung vieler Städte und Gemeinden ist eine kleine Kulturrevolution ausgebrochen. Sie verspricht nicht nur mehr Wirtschaftlichkeit, sondern auch einen Zugewinn an Demokratie. „Durch diese Bürgerei bilden sich doch nur Nebenparlamente“, schimpft ein Ratsherr. Das ist genau der Punkt: Der Appetit auf Demokratie kommt beim Essen. Freiheit schafft, stärkt, erweitert Freiheit.

Dies bedeutet: Wir müssen in die zivile Gesellschaft investieren. Müssen ihr Kompetenzen und Macht delegieren, und zwar in jeder Hinsicht: technologisch (Informationsmedien), ökonomisch (Grundfinanzierung), Ausbildung (Zertifikate, die auch am Arbeitsmarkt gelten).

Wie verhalten sich die Werte und Ziele der „Erwerbsgesellschaft“ und der „Selbstorganisation der zivilen Gesellschaft“ zueinander? Nicht im Sinne eines Entweder-Oder, sondern eines Sowohl-Als-auch. Entscheidend dürfte in Zukunft die Durchmischung von formeller Arbeit und freiwilliger Selbstorganisation sein, der Abbau von rechtlichen und Mobilitätsbarrieren zwischen beiden Sektoren, Schaffung von Aus- und Umstiegsmöglichkeiten (im Jahres-, Wochen-, Monatsrhythmus).

Auf diese Weise würde zweierlei ermöglicht: Zum einen würde das Monopol gebrochen, das sinnvolle, anerkannte, öffentliche Tätigkeit mit Erwerbsarbeit gleichsetzt. Der Arbeitsmarkt würde entlastet, Arbeitslosigkeit also abgebaut. Zum anderen würden durch öffentliche Arbeit neue politische Handlungs- und Identitätszentren in der und gegen die fragmentierte Gesellschaft geschaffen. Es entstünden die (materiellen und kulturellen) Grundlagen für einen „solidarischen Individualismus“, wie ihn dieses Land, in dem noch vor kurzem die Parole galt „Du bist nichts, dein Volk (deine Klasse) ist alles!“, historisch noch nicht gekannt hat.

Bei diesem Modell einer aktiven Gesellschaft geht es nicht darum, wie immer wieder vorgeschlagen wird, bezahlte durch unbezahlte Arbeit zu ersetzen. Derartige Modelle bleiben letztlich dem Bannkreis der Arbeitsgesellschaft verhaftet. Das ist zu kurz gesprungen: An die Stelle von Arbeit tritt – Arbeit (Hausarbeit, Familienarbeit etc.).

Demgegenüber wird eine Unterscheidung, die Hannah Arendt früh eingeführt hat, wichtig. Sie stellt der *Arbeit*, deren Ziele und Produkte gerade keine Spuren hinterlassen, weil sie im alltäglichen Konsum aufgebraucht werden, das *Handeln* gegenüber, das Geschichte vergegenwärtigt und, im Zusammenwirken mit anderen, Sinn und politische Institutionen stiftet. Das Auflösungszeitalter muß demnach – wie schon Alexis de Tocqueville vor mehr als 150 Jahren gesehen hat – nicht durch weniger, sondern durch mehr politische Freiheiten bekämpft werden, weil es politische Freiheiten sind, die in der posttraditionalen Gesellschaft sozialen Sinn und Zusammenhalt stiften. Vier Einwände sollen diesen auf den ersten Blick vernichtend schönen Gedanken schärfen und realitätstauglich machen.

Erstens: Scheitert der Vorschlag nicht schon an dem Egoismus, dem diese Gesellschaft verfallen ist? Zweitens: Wer soll das bezahlen? Drittens: Ist das unter Globalisierungsbedingungen überhaupt möglich? Viertens: Macht „schöpferische Arbeitslosigkeit“ (Ivan Illich) nicht doch unglücklich? Zerbricht mit der Erwerbsarbeit nicht letztlich die Identität der Menschen?

Wie also steht es mit der vielbeklagten „Egogesellschaft“? Ohne freiwilliges Engagement für andere, zeigt der amerikanische Soziologe Robert Wuthnow, würden alle modernen Gesell-

schaften sofort zusammenbrechen. 80 Millionen Amerikaner, also 45 Prozent der über 18jährigen, engagieren sich Woche für Woche fünf Stunden und mehr für freiwillige Hilfsleistungen und wohlthätige Zwecke. Im Geldwert hieße das: rund 150 Milliarden Dollar pro Jahr.

Diese Studie zeigt zugleich: Für 75 Prozent der amerikanischen Bevölkerung nehmen Solidarität, Hilfsbereitschaft und Gemeinwohlorientierungen den gleichen prominenten Rang ein wie Motive der Selbstverwirklichung, beruflicher Erfolg und die Ausweitung der persönlichen Freiheitsräume. Die Rede von der „Egogesellschaft“ setzt voraus, daß sich ausschließt, was tatsächlich zusammengehört: Selbstverwirklichung und Dasein für andere.

Daß dies bei uns anders ist, kann nur der glauben, der Engagement fälschlich mit Mitgliedschaft in Organisationen gleichsetzt. Während gerade auch Jugendliche Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Vereinen immer mehr fernbleiben (das Durchschnittsalter der Mitglieder zum Beispiel in der britischen Konservativen Partei liegt jetzt schon bei über 60 Jahren), erfreuen sich Initiativen aller Art großen Zulaufs.

Dieselben Jugendlichen, welche die Langeweile der Kollektivorganisationen meiden, engagieren sich für die geschundene Umwelt (über 80 Prozent); 73 Prozent sehen Obdachlosigkeit als ein zentrales Problem an und wollen persönlich dagegen etwas tun; 71 Prozent fordern größere Rechte für Behinderte; 71 Prozent schätzen den Feminismus positiv ein und glauben, daß er für beide – Männer und Frauen – eine wichtige Sache ist.



M. T. DIECK

Was den „Werteverfall und die Gleichgültigkeit der Jugendlichen“ betrifft, die übrigens schon Platon angeprangert hat, so beruhen diese auch auf einer institutionellen „Engagement-Blockade“. Den Jugendlichen werden Rechte zugestanden – sobald sie sie aber wahrnehmen wollen, werden diese Rechte beschnitten. Bürgerinitiativen leiden mehr und mehr unter staatlichen Daumenschrauben. Macht wird nicht wirklich delegiert. Das meint „Engagement-

Blockade“: Viele engagieren sich schon deswegen nicht, weil sie die Erfahrung gemacht haben, „daß dabei sowieso nichts herauspringt“.

Wer soll die Investition in das „Sozialkapital“, in die aktive Gesellschaft finanzieren? Wir haben in der Bundesrepublik auf den Konten der Privathaushalte über vier Billionen Mark – sehr ungleich verteilt. 10 Prozent der Haushalte besitzen knapp 49 Prozent, 40 Prozent noch einmal 49 Prozent, dagegen verfügen 50 Prozent der Haushalte nur über 2,4 Prozent der Privatvermögen.

Die Unternehmer haben den Stein der Reichen entdeckt. Die neue Zauberformel lautet: Kapitalismus ohne Arbeit plus Kapitalismus *ohne Steuern*. Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer, der Steuer auf Unternehmensgewinne, fiel von 1989 bis 1993 um 18,6 Prozent; ihr Anteil an den gesamten Steuereinnahmen des Staates halbierte sich fast (von 6,4 auf 3,7

Prozent); während gleichzeitig die Gewinne oft um mehr als 10 Prozent anstiegen. Darin drückt sich unter anderem auch das neue Machtspiel Globalisierung aus. Viele Unternehmer werden zu *virtuellen* Steuerzahlern.

Das Kapital ist beweglich und zwar global, Staaten sind dagegen territorial gebunden. Indem dasselbe Produkt, in verschiedene Herstellungsphasen zerlegt, verstreut über die Länder und Kontinente produziert wird, wird die Lokalisierung des Gewinns immer fragwürdiger und zugleich offen für betriebliche Strategien der Steuerminimierung.

Mit der Internationalisierung der Produktion bieten sich den Unternehmen zwei strategische Vorteile: Es wird eine globale Konkurrenz zwischen teuren und billigen Arbeitskräften hergestellt, und die Steuerkonditionen und Steuerkontrollreure der Staaten können gegeneinander ausgespielt und unterlaufen werden. Man kann in dieser neuen Macht der Unternehmen die gelungene Übertragung marktwirtschaftlicher Gesetze auf den Bereich der Politik sehen. In Wahrheit ist die Situation allerdings sehr viel pikanter. Da die Inanspruchnahme zahlreicher Gemeinschaftsleistungen (teure Universitäten, Krankenhäuser, Verkehrssysteme, Rechtsprechung, Forschungsgelder) nicht an den Ort der Steuererhebung gebunden ist, sind viele Unternehmen in der Lage, die Steuerlast zu minimieren, während sie sich gleichzeitig in Staaten niederlassen, welche die besten Infrastrukturen bieten.

Investitionsort, Produktionsort, Steuerort und Wohnort können voneinander abgekoppelt gewählt werden. Viele Unternehmen nutzen den niedrigen Steuerstandard der armen Staaten und genießen den hohen Lebensstandard der reichen Staaten. Sie zahlen die Steuern, wo es am billigsten ist, und leben, wo es am schönsten ist. Sie werden zu Trittbrettfahrern teurer Infrastrukturenleistungen.

Darin liegt erheblicher sozialer Konfliktstoff. Zum einen entstehen Gegensätze zwischen virtuellen und realen Steuerzahlern (noch Beschäftigte, kleinere Unternehmen, die nicht über diese neue Beweglichkeit verfügen und dem konventionellen Zugriff der Steuerbehörden ausgesetzt sind). Diese sind die „Dummen“, die Globalisierungsverlierer.

Zum anderen unterminieren ausgerechnet die Gladiatoren des Wirtschaftswachstums, die von der Politik umworben werden, die Autorität des Staates, indem sie zwar seine Leistungen beanspruchen, aber ihm die Steuern entziehen. Die neuen Virtuosen virtueller Steuern untergraben auf eine legale, aber illegitime Weise das Gemeinwohl, Politik und Staat. Die Lage der neoliberalen Politik, die auf den Markt schwört, ähnelt insofern der suizidalen Ironie jenes Rationalisierers, der seine eigene Entlassung vorbereitet und exekutiert.

Da gibt es nur eine Konsequenz: Diese Springquelle sozialer Ungerechtigkeit muß enttabuisiert und, übrigens im ureigenen Interesse der Politik, selbst zum Gegenstand öffentlicher Debatten gemacht werden. Das Verteilungsproblem gehört auf die Tagesordnung. Die Globalisierungsgewinner müssen neu auf das Gemeinwohl verpflichtet werden. Das System sozialer Sicherheit ist in mancher Hinsicht reformbedürftig. Die Schlußfolgerung heißt aber paradoxerweise: nicht weniger, sondern mehr Geld, aber dieses richtig angelegt und verteilt! Für Investitionen in öffentliche Arbeit gilt: Wenig bewirkt viel. Die Gesellschaft blüht auf, der öffentliche Reichtum wächst.

Hier wird deutlich: Wir brauchen eine neue Definition von „Reichtum“. Diese muß unter anderem auch Indikatoren wie soziale Teilhabe, politische Freiheit usw. enthalten. Denn eine Gesellschaft, deren Wirtschaft blüht, die aber deswegen die

Menschen arbeitslos macht, ins Abseits drängt, ist keine „reiche“, sondern nur noch eine Restgesellschaft für Reiche.

Doch nun die Katze aus dem Sack: Wer soll das bezahlen? Dazu vier experimentelle Überlegungen.

Modell „Steuererleichterung“: Diejenigen, die sich öffentlich engagieren, müssen dafür (erheblich) weniger Steuern bezahlen (ähnlich wie man jetzt schon Spenden absetzen kann oder gemeinnützige Vereine Steuerfreiheit zugesprochen bekommen). Einwand: Dieses Modell setzt auf der Ebene der Haushaltseinkommen Erwerbsarbeit voraus. Die sowieso Gutverdienenden erhalten hier die Möglichkeit, ihr Leben durch öffentliches Engagement vielfältiger zu machen.

Modell „steuerfinanzierte Grundsicherung“. Hier würde denen, die in freiwilligen Selbstorganisationen mitwirken, eine Art „öffentliches Stipendium“ bezahlt (wie dies in Sachsen schon in Ansätzen praktiziert wird).

Modell „Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und Mitwirkung in der zivilen Gesellschaft“. Danach haben Arbeitslose in Zukunft eine neue Option: Sie können entscheiden, ob sie arbeitslos bleiben oder in freiwilligen Selbstorganisationen tätig werden wollen. Dieses Modell bietet Überraschungen. Es könnte – zu Ende gedacht – auf die Abschaffung von Arbeitslosigkeit hinauslaufen, und zwar nicht dadurch, daß neue (Teilzeit-)Arbeit geschaffen wird, sondern, daß die Selbstorganisation der Gesellschaft be- und gelebt wird.

Wenn das „amerikanische Modell“ auf eine Kombination von Vollbeschäftigung und working poor hinausläuft, dann könnte das „deutsche (europäische) Modell“ eine Kombination von Erwerbsarbeit und grundfinanzierter Mitwirkung in der zivilen Gesellschaft zum Ziel haben. Diejenigen, die sich in Selbstorganisationen engagieren, stehen ja nicht mehr „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung“ und sind in diesem Sinne keine „Arbeitslosen“ mehr. Sie sind aktive Bürger, die sich für das Allgemeinwohl engagieren und dafür eine (zeitlich begrenzte) Grundsicherung erhalten.

Modell „Bürgergeld für alle“, steuerfinanziert; über die Höhe wird man streiten müssen. Viele befürchten, diese Art der Grundsicherung besiegele den Ausschluß der Gefährdeten – Frauen, Arme, Behinderte – von der Arbeit und der Gesellschaft. Es wäre daher wichtig, das Bürgergeld nicht nackt zu zahlen, sondern mit Angeboten der inklusiven Gesellschaft auf aktive Mitwirkung zu verbinden.

Kann eine solche Jahrhundertreform überhaupt in einem einzigen Land begonnen werden? Wenn die vorgetragene Grunddiagnose stimmt – der Kapitalismus wird und macht arbeitslos –, dann handelt es sich um eine globale Herausforderung, vor der alle hochentwickelten Gesellschaften früher oder später stehen. Dasjenige Land aber, das auf diese Frage zuerst eine praktikable Antwort entwickelt, also den Gefährdungen der Demokratie begegnet, wird langfristig in jeder Hinsicht (auch wirtschaftlich) die Nase vorn haben.

Was schließlich das angebliche Identitätsmonopol der Erwerbsarbeit betrifft, so zeigen schon heute empirische Studien einen tiefgreifenden Einstellungswandel: Immer mehr Menschen suchen beides, damit aber eben auch das Engagement außerhalb der Arbeit. Dieses stiftet, wenn es gesellschaftlich aufgewertet, belohnt und mit Erwerbsarbeit vereinbar wird, zweifellos Identität und sozialen Zusammenhalt.

Das skizzierte Szenario läuft auf ein Plädoyer hinaus: Die unsichtbare Praxis der sozialen Selbsthilfe und politischen Selbstorganisation muß sichtbar gemacht werden. Ihr muß ökonomisches, organisatorisches und politisches Gewicht verliehen werden. Dies wird nur möglich, wenn wir in die zivile Gesellschaft investieren – und dadurch sozusagen die Demokratie demokratisieren. Was wir brauchen, ist ein Bürger-Staat-Bündnis für zivile Gesellschaft – notfalls gegen Arbeit und Kapital. Aber dieses Bündnis sollte alle einschließen, denen die Demokratie am Herzen liegt. □

„Viele Unternehmer zahlen die Steuern, wo es am billigsten ist, und leben, wo es am schönsten ist“